



WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS

Unsere Kandidierenden

Seite 3



HANAU IST ÜBERALL

Rechten Terror bekämpfen

Seite 7



MILIEUSCHUTZ FÜR DIE GROPIUSSTADT

Für bezahlbaren Wohnraum

Seite 10



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 191, Ausgabe I/2021

GRÜNES LICHT FÜR NEUKÖLLN

Umbau für unseren Bezirk



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

INHALT

Schule ist mehr als Schule [Seite 4](#)

Bis Schönefeld mit der U7 [Seite 5](#)

Unterstützung für Soloselbstständige [Seite 6](#)

Für einen Stachel viel zu viel [Seite 7](#)

Frische Ideen für Süd-Neukölln [Seite 8](#)

Die Stadt braucht mehr Glitzer [Seite 9](#)

Diversität fördern [Seite 10](#)

Wissmann ist endlich weg [Seite 11](#)

Mein Neukölln [Seite 12](#)

2016 haben wir Grüne im Bezirk mit Eintritt in die Zählgemeinschaft politisch Verantwortung übernommen und konnten in den vergangenen fünf Jahren in Neukölln vieles erreichen. Doch wir sind noch lange nicht fertig: Wir möchten uns auch in der nächsten Wahlperiode für den Schutz der Mieter*innen, der Kieze und für die sozial-ökologische Verkehrswende einsetzen sowie eine vielfältige und solidarische Bezirks-gesellschaft unterstützen.

Covid-19 hat uns eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig die öffentliche Infrastruktur unserer Stadt ist – ob ein auch in Pandemiezeiten gut getakteter ÖPNV, sichere Rad- und Fußwegeinfrastruktur, gepflegte Grünanlagen oder ein funktionierender Gesundheitsdienst. Und wie wichtig es bleibt, dass wir uns steigenden Mieten und dem Ausverkauf unserer Kieze weiter entgegenstemmen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Bezirk zu erhalten.

AMPELN AUF GRÜN FÜRS KLIMA

Wir haben in den letzten Jahren für die bessere personelle Ausstattung des Bezirksamts gesorgt, mehr Radinfrastruktur geschaffen und uns für die Neuaufteilung des öffentlichen Raums eingesetzt. Diesen Weg möchten wir weitergehen und damit mehr Platz für Menschen auf den Straßen, für Radwege sowie Busse und Bahnen schaffen. Wir werden auch die Anstrengungen gegen die Klimakrise im Bezirk stärken: eine Task Force im Bezirksamt, Entsiegelung und mehr Bäume für kühlere Sommer sowie Solaranlagen auf öffentlichen Dächern tragen den Klimaschutz in die Kieze.

MIETER*INNEN SCHÜTZEN

Jochen Biedermann, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürger*innendienste und Grüner Spitzenkandidat für das Bezirksamt,

Fortsetzung auf Seite 2

HALLO NEU KÖLLN!

WECHSEL-FIEBER

Rumms..., das war der erste Paukenschlag in diesem Super-Wahljahr. Im Südwesten der Republik hat die Union die Quittung bekommen: Für eine konfuse Politik, die verzweifelt versucht, sich durch Tricks und Mogelei an den drängenden Problemen vorbeizudrücken, und für das skrupellose Bereichern einiger Abgeordneter in ihren Reihen an der Corona-Krise.

Ist das der Start in einen Politikwechsel? – Nein, leider (noch) nicht. Es ist erst der Weckruf, sich zu engagieren, mitzumachen, sich einzumischen, damit es endlich mal wieder vorangeht in unserem Land, dass wir uns der Klimakrise stellen, Corona professionell managen und endlich die schmerzlich vermissten sozialen Reformen angehen. Zu viel ist in den letzten Jahren liegen geblieben.

Eines aber bleibt gewiss: Von nichts kommt nichts. Das Frühjahr sollte uns nach draußen treiben – wenn auch im Corona-Modus. Raus aus den Diskutierzimmern, rein ins Leben. Es ist Wahljahr! Es kommt auf jede und jeden an, der oder die den Wechsel will.

Apropos Wechsel: Unsere langjährige Abgeordnete Anja Kofbinger wird nicht wieder zur Abgeordnetenhauswahl antreten. Das ist ein herber Verlust. Aber wir haben sehr guten Ersatz gefunden. Lernen Sie auf Seite 3 unsere Kandidat*innen für die Abgeordnetenhauswahl kennen.

Die Stachel-Redaktion

GRÜNES LICHT FÜR NEUKÖLLN

Umbau für unseren Bezirk

Fortsetzung von Seite 1

macht sich seit 2016 für den Schutz von Mieter*innen stark und stemmt sich mit Hilfe des Milieuschutzes und der Ausübung des Vorkaufsrechts mit aller Kraft gegen den Ausverkauf des Bezirks. Gemeinsam mit organisierten Hausgemeinschaften konnte er so bereits 18 Häuser und über 700 Wohnungen vor dem Verkauf an Investor*innen retten und die Bewohner*innen vor Verdrängung schützen. Um Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung zu schützen, hat Jochen zudem ein

Präventionsteam aufgebaut, das Mieter*innen unterstützt, denen Kündigung oder Räumung drohen. Dadurch konnten allein im Jahr 2019 mehr als 150 Mietverhältnisse gerettet werden. Der Kampf gegen steigende Mieten, für mehr Milieuschutz und bezahlbaren Neubau bleibt für uns auch in Zukunft ein Schwerpunkt in Neukölln.

MEHR DIVERSITÄT UND SCHLUSS MIT RASSISMUS

Wir wollen Diversität abbilden und Rassismus bekämpfen. Dazu gehört, die rechte Terrorserie mit mehr als

70 rechtsextremen Straftaten in den vergangenen Jahren aufzuklären. Zahlreiche Ermittlungsspannen, Verdachtsfälle rechter Netzwerke in der Polizei und noch immer keine Überführung und Verurteilung der Täter*innen liest sich allerdings als verheerende Bilanz. Wir stehen solidarisch an der Seite der Opfer – und fordern einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Taten und Transparenz über die bisherigen Ermittlungen. Ebenso braucht es eine parlamentarische Enquete-Kommission, die diskriminierende Strukturen in der Berliner

Verwaltung und in den Sicherheitsbehörden systematisch identifiziert und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Expertise Maßnahmen erarbeitet, um diese abzubauen.



Daniela Wannemacher und Philmon Ghirmai
Vorstandssprecher*innen von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln

SUPERWAHLJAHR 2021

Bezirk, Land und Bund: 5 Stimmen für Grün

Am 26. September wählen wir die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), das Abgeordnetenhaus und den Deutschen Bundestag neu. Aber wer darf eigentlich wählen, wie viele Stimmen habe ich auf welcher Ebene und wen oder was wähle ich mit diesen Stimmen?

WAHL ZUR BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG

Wer darf wählen?

Es sind alle Berliner*innen wahlberechtigt, die die deutsche oder eine EU-Staatsbürgerschaft besitzen und am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Wie wird gewählt?

Bei der BVV-Wahl gibt es nur eine Stimme. Damit wird eine Partei gewählt. Auf Bezirksebene reichen 3 Prozent der Stimmen aus, um vertreten zu sein. Die Bezirksbürgermeister*in wird von einer Koalition, genannt Zählgemeinschaft, bestimmt. Die Stellvertreter*innen und die Bezirksstadträte werden auf alle Parteien mit ausreichend Stimmen aufgeteilt. Grüner Spitzenkandidat für das Bezirksamt ist unser Bezirksstadtrat Jochen Biedermann.

WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

Wer darf wählen?

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist unser Landesparlament. Wählen darf, wer am Wahltag die deutsche Staatsbürgerschaft hat und mindestens 18 Jahre alt ist. Jede*r Wahlberechtigte hat zwei Stimmen.

Wie wird gewählt?

Mit der Erststimme wird ein*e Direktkandidat*in aus dem Wahlkreis des Wahlberechtigten gewählt. In Berlin gibt es 78 Wahlkreise, davon entfallen 6 Wahlkreise auf Neukölln. In diesen Wahlkreisen ziehen wir Grüne mit André Schulze (WK1), Susanna Kahlefeld (WK2), Georg Kössler (WK3), Bahar Haghanipour (WK4), Christina Hilmer-Benedict (WK5) und Philine Niethammer (WK6) in den Wahlkampf. Mit der Zweitstimme wird eine Partei gewählt. Diese ist damit entscheidend für die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus.

WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wer darf wählen?

Der Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland. Wählen darf hier – wie beim Abgeordnetenhaus –, wer am Wahltag die deutsche Staatsbürgerschaft hat und mindestens 18 Jahre alt ist. Jede*r Wahlberechtigte hat zwei Stimmen.

Wie wird gewählt?

Mit der Erststimme wird eine Direktkandidat*in aus dem Wahlkreis gewählt. Es gibt 299 Wahlkreise in Deutschland, unser Bezirk Neukölln ist einer davon. Wer die meisten dieser Erststimmen in seinem Wahlkreis bekommt, geht direkt als Abgeordnete*r in den Bundestag, sodass jede Region der Bundesrepublik im Bundestag vertreten ist. Unser Direktkandidat in Neukölln für die Bundestagswahl ist Andreas Audretsch.

Mit der Zweitstimme werden Parteien gewählt. Nur Parteien, die bundesweit über mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen erhalten, ziehen in den Bundestag ein. Die Zweitstimme bestimmt, wie viele der Sitze im Bundestag eine Partei erhält. Alle gewählten Abgeordneten wählen den/die Bundeskanzler*in.



WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS

Unsere grünen Direktkandidat*innen für Neukölln

WAHLKREIS 1 (Nord-Neukölln (Ost), nördliche Sonnenallee)



ANDRÉ SCHULZE,
geboren 1987
in Berlin-Neukölln

In Neukölln geboren und aufgewachsen, bin ich hier seit vielen Jahren kommunalpolitisch aktiv und momentan stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen BVV-Fraktion.

Wir müssen unsere Kieze neu denken – sie haben mehr verdient als nur Stauraum für Autos zu sein. Ich werde mich dafür einsetzen, den Verkehr konsequent aus den Kiezen zu holen und auch Straßenflächen umzunutzen – für mehr Spielmöglichkeiten für Kinder, mehr Grün in den Straßen und mehr Platz für Fuß- und Radverkehr.

Ich streite für mehr gemeinwohlorientierten Wohnraum – für faire Mieten statt Verdrängung und Profite. Die Stärkung antifaschistischer Arbeit in der Zivilgesellschaft ist mir eine Herzensangelegenheit, daher engagiere ich mich für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum rechten Terror. Neukölln und die Betroffenen haben ein Recht auf Aufklärung!

Politik mit dem Kiez und für den Kiez machen. Dafür trete ich an, um den Wahlkreis 1 als Nachfolger von Anja Kofbinger für die Grünen zu gewinnen und direkt für den Neuköllner Norden ins Abgeordnetenhaus einzuziehen!

WAHLKREIS 2 (Nord-Neukölln (West), nördliche Karl-Marx-Straße, nördliche Hermannstraße)



SUSANNA KAHLEFELD,
geboren 1964 in Wuppertal

Ich trete bei der Wahl an, um erneut den Wahlkreis 2 im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Seit 26 Jahren lebe und arbeite ich in Neukölln und kenne den von der Gentrifizierung gebeutelten Norden sehr genau. Es ärgert mich, wenn Neukölln zur Negativ-Kulisse für die eigene politische Profilierung gemacht wird. Ich will lieber anpacken, zusammen

mit denen, die hier wirklich etwas für die Menschen verbessern wollen. Mein Programm: Arbeiten gegen Rechts und für ein offenes, solidarisches Neukölln, Unterstützung für Mieter*innen und Hausgemeinschaften, Initiativen und freie Träger.

Ich bin seit 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus und derzeit Sprecherin für Partizipation und Beteiligung der Fraktion. Meine wichtigste Erfahrung ist, dass wir besser vorankommen, wenn sich gewählte Politiker*innen mit Bürgerentscheiden und Forderungen von Bürger*innenräten auseinandersetzen müssen. Das gilt bei Fragen der Integration ebenso wie in der Mobilitätswende, im Kampf gegen die Klimakrise oder bei den Planungen am Hermannplatz. Deshalb werde ich mich weiterhin mit voller Kraft für echte Bürger*innen-Beteiligung stark machen.

WAHLKREIS 3 (Rixdorf, nördliches Britz, Kölnische Heide)



GEORG KÖSSLER,
geboren 1984 in Berlin-Köpenick

Ich bin Klimaaktivist und kämpfe für eine sozial-ökologische Politik, mehr Solar auf den Dächern und eine Stadt, die besser an die Klimakrise angepasst ist. Und ich werde weiter für mehr Platz für Menschen und Stadtnatur streiten. Es ist an der Zeit, dass wir unsere Kieze mutiger umbauen. Ich will grüne Oasen, wo heute Parkplätze sind! Davon profitieren vor allem die, die sich kein Haus im Grünen leisten können.

In der kommenden Legislaturperiode will ich mit dafür sorgen, dass Vermieter*innen an den Kosten von notwendigen energetischen Sanierungen beteiligt werden. Die starken Schultern müssen beim Klimaschutz auch mehr tragen.

Ich vertrete Neukölln seit 2016 im Berliner Abgeordnetenhaus und bin dort nicht nur Sprecher für Klima-, Umwelt- und Eine-Welt-Politik, sondern auch für Clubkultur. Deshalb kämpfe ich dafür, dass unsere Clubs durch die Pandemie kommen und bald wieder Menschen zusammenbringen.

Packen wir es an! Dafür will ich bei dieser Wahl das Direktmandat für den Wahlkreis 3 gewinnen.

Wahlkreis 4 (Nordöstliches Buckow, Gropiusstadt, nördliches Blumenviertel)



BAHAR HAHANIPOUR,
geboren 1984 in Teheran, Iran

Steigende Mieten und die Verdrängung von Menschen sind längst nicht mehr nur ein Problem der Innenstadt. Darum ist es gut, dass auch die Gropiusstadt zum Milieuschutzgebiet wird. In der Gropiusstadt leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunftsgeschichte, (Aus)Bildung, Religionszugehörigkeit und Einkommensverhältnissen. Ich möchte mich im Abgeordnetenhaus für alle einsetzen. Ganz wichtig sind mir dabei der Kampf gegen den Mietwahn und eine bessere Verkehrsanbindung per Bus und Bahn.

Die Corona-Krise ist ganz besonders eine Krise der Frauen: der Berufstätigen, der Mütter, Alleinerziehenden, Geflüchteten, Sexarbeiterinnen, Schwangeren oder von Gewalt Betroffenen. Vor allem sie verlieren ihre Jobs im Einzelhandel, in der Gastronomie oder der Dienstleistungsbranche. Ich kenne die Folgen aus meiner Arbeit als Referentin in einem Frauenverband und als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen* und Gender des Grünen Landesverbands Berlin.

Deshalb möchte ich nach der Wahl ins Abgeordnetenhaus die Frauen- und Gleichstellungspolitik voranbringen.

Wahlkreis 5 (Südwestliches Britz, südwestliches Buckow)



CHRISTINA HILMER-BENEDICT,
geboren 1979 in Anklam

Meine Herzenthemen sind Kultur, Bildung und Stadtentwicklung. Ich wünsche mir vielfältige Stadtquartiere, kulturelle Teilhabe, Bildungschancen für alle und Freiräume für Kinder und Jugendliche.

Unsere Ortsteile im Süden unterscheiden sich stark vom Norden Neuköllns. Wichtiges Thema ist hier die Anbindung ans Stadtzentrum, was sich leider auch täglich

an den vollgestopften Straßen ablesen lässt. Doch bei der Anbindung geht es nicht nur um die Frage, wie man kostengünstig und ökologisch in die Innenstadt kommt, sondern auch: was ist fußläufig bei uns vor Ort erreichbar?

Ich lebe seit 13 Jahren in Neukölln, seit vier Jahren in Britz. Mich stört zum Beispiel, dass es außerhalb des Rings weitaus weniger kulturelle und soziale Angebote für Kinder und Jugendliche gibt. Auch frage ich mich, warum wir die junge Generation nicht an politischen Entscheidungen beteiligen und sie konkrete Orte und Freiräume mitgestalten lassen?

Ich möchte in Britz und Buckow gern auch Neues ausprobieren, vor allem aber Transparenz und echte Partizipation herstellen!

Wahlkreis 6 (Rudow, südliches Blumenviertel, südliche Gropiusstadt)



PHILINE NIETHAMMER,
geboren 1997 in Freiburg

Ich bin Philine, 23 Jahre alt. Meine Generation ist politisch, unsere Forderungen gehören in die Politik! Ich will eine klimafreundliche, soziale und feministische Gesellschaft, die sich klar gegen Rassismus und Rechtsextremismus stellt. Und ich will mich dafür stark machen, dass wir jungen Menschen an Entscheidungen beteiligt werden.

Es ist unerlässlich, dass die rechte Terrorserie in Neukölln endlich endet und konsequent aufgeklärt wird. Deshalb brauchen wir einen Untersuchungsausschuss!

Ebenso wichtig ist mir die Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben. Es braucht bessere Angebote für junge Frauen, für berufstätige Mütter genauso wie für Seniorinnen und queere Menschen. Aber auch die Verkehrsplanung muss feministischer und klimafreundlicher werden, gerade am Stadtrand: eine bessere Anbindung mit Bussen, Fertigstellung der Y-Trasse, Ausbau der U7 und Schluss mit dem Verkehrs-Chaos an der Rudower Spinne.

Ich will, dass Rudow gut angebunden ist und gleichzeitig eine Mobilitätswende für ganz Berlin kommt, die klimafreundlich und feministisch ist!

SCHULE IST MEHR ALS SCHULE

Kinder in der Pandemie nicht alleine lassen



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Mit jeder Woche der Pandemie steigen die Probleme für Kinder und Jugendliche – für sie fühlt sich die Isolation unendlich an und mit der Entkopplung von der Schule steigt die Resignation zuhause. Gerade hier in Neukölln leben viele Familien in Armut und sind mit besonders großen Herausforderungen konfrontiert.

KINDER UND IHRE FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

Bei geschlossenen Schulen wird die Arbeit von Sozialarbeiter*innen für Familien besonders wichtig. Darum ist es gut, dass die Bundesregierung das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz verabschiedet hat, was ermöglicht, dass Geld an soziale Einrichtungen fließt, auch wenn

diese nun andere Aufgaben erfüllen. Der Fehler ist, dass nur 75 Prozent des Durchschnittsbetrags der letzten zwölf Monate gezahlt wird. Die Aufgaben sind derzeit bei mehr als 100 Prozent, da ist eine Finanzierung von 100 Prozent das Mindeste. Wir brauchen einen Rettungsschirm für soziale Dienstleister und Zivilgesellschaft – gerade jetzt.

Auch das Land Berlin trägt eine Verantwortung für finanziell benachteiligte Familien. Wir haben dafür gesorgt, dass das Mittagessen an Grundschulen kostenfrei ist. Dies darf in der Pandemie nicht abbrechen. Darum fordern wir Grüne in Neukölln und in Berlin, dass Kindern, auch wenn sie derzeit nicht in der Schule sind, jeden Tag ein kosten-

loses, warmes Mittagessen angeboten wird – per Lieferung oder zum Abholen. Es sind diese kleinen Dinge, die Struktur in den Tag bringen, die Familien entlasten und große Wirkung haben.

ZUGANG ZUM DIGITALEN LEBEN GARANTIEREN

Es ist gut, dass der rot-rot-grüne Senat Tablets bestellt hat und mittlerweile mehr als 50.000 Schüler*innen Hardware bekommen haben. Es ist gut, dass sich auch der Bezirkselfternausschuss und das Bezirksamt um Laptops bemühen. Und es ist gut, dass die Bundesregierung im Januar 2021 die Jobcenter angewiesen hat, auf Antrag Laptops oder Tablets für Schüler*innen zu finanzieren. Nur: Mit Hardware allein ist der Zugang zum digitalen Lernen nicht gewährleistet. „Ich habe keine mobilen Daten mehr, um das Arbeitsblatt runterzuladen“ ist kein Satz aus den 90ern, er ist gelebte Realität heute, hier in Neukölln und in ganz Berlin. Die Lösung kann nur sein, die Mehrkosten für Kinder und Familien in der Pandemie endlich anzuerkennen. Wir fordern daher ab sofort einen monatlichen Aufschlag auf den ALG-II-Regelsatz von 100 Euro pro Erwachsenem und von 60 Euro pro Kind.

AUS DER PANDEMIE FÜR DIE ZUKUNFT LERNEN

Schule ist ein Ort, an dem Kinder lernen müssen, sich in der Welt zurechtzufinden. Dafür brauchen sie Zeit, Aufmerksamkeit und Menschen. Darum werden wir auch langfristig darauf setzen, Kindern ein solches Umfeld zu schaffen: mit mehr Personal und viel Aufmerksamkeit für jede*n Einzelne*n. Die zweite Lehre lautet: Teilhabe für Kinder ist an Voraussetzungen geknüpft und kostet Geld. Wer es ernst meint mit gleichen Chancen, muss Kinderarmut bekämpfen und dafür das nötige Geld in die Hand nehmen.



Meike Berg, Lehrerin und Mitglied im KV Neukölln

Andreas Audretsch, Bundestagskandidat für Neukölln und Mitglied im Landesvorstand der Berliner Grünen (Foto: Erik Marquardt)

DREI FRAGEN AN... LINA RESSUL,

die gerade ihren Schulabschluss in der Pandemie macht



Foto: Iunia Mihi

Lina ist 18 Jahre alt und macht gerade an der Kepler-Schule ihren Mittleren Schulabschluss (MSA). Sie ist in Damaskus geboren und kam erst vor fünf Jahren mit ihrem Vater und einem Bruder aus Syrien nach Deutschland, ihre Mutter mit drei weiteren Geschwistern

kam dann drei Jahre später nach. Umso bewundernswerter ist es, dass sie gerade zur besten Schülerin ihrer Schule gewählt wurde. In ihrer Freizeit hört sie gerne Hip-Hop und möchte später Ärztin werden. Unterstützt wird sie auf diesem Weg auch vom „Mentoringprojekt Neukölln“ und ihrer Mentorin Iunia Mihi.

WIE SIEHT DEIN SCHULALLTAG GERADE AUS?

Wir bekommen einmal die Woche Arbeitsblätter, die wir dann zu Hause lösen müssen. In den Hauptfächern Mathe, Deutsch und Englisch haben wir zusätzlich zweimal die Woche jeweils eine einstündige Videokonferenz. Klassenarbeiten sollen bald nachgeholt werden und mündliche Prüfungen finden online statt.

WIE ERLEBST DU DAS LERNEN IN DER PANDEMIE?

Es ist nicht immer leicht, sich zu Hause zu motivieren. Außerdem habe ich meine Geschwister noch mit im Raum, wir können also keine Videokonferenzen gleichzeitig führen. Anfang dieses Jahres habe ich einen Laptop von meiner Schule bekommen, das hilft sehr. Meine Geschwister müssen immer noch mit dem Handy ihre Aufgaben lösen. Da wir innerhalb der Familie kein Deutsch sprechen, fehlt mir auch der Austausch in der Schule, um die Sprache noch besser zu lernen.

WAS WÜNSCHT DU DIR FÜR DIE ZUKUNFT?

Ich bin dankbar für die Unterstützung meiner Lehrer*innen und meiner Mentorin. Sie helfen mir,

wenn ich Fragen habe oder Hilfe brauche. Am meisten vermisse ich meine Freund*innen und Klassenkamerad*innen. Ich freue mich schon, wenn wir wieder alle gemeinsam zur Schule gehen können, vielleicht in Kleingruppen oder im Wechselunterricht, es sollen ja auch alle gesund bleiben. Ich möchte dieses Jahr einen guten Abschluss machen und dann weiter zur Schule gehen, um später Medizin zu studieren. Wir dürfen den Mut nicht verlieren, dass wir das alles schaffen können.

Das Mentoringprojekt der Bürgerstiftung Neukölln bringt Neuköllner Sekundarschüler*innen der 9. und 10. Klasse mit ehrenamtlichen Mentor*innen zusammen und setzt sich für gerechte Chancen auf gute Bildung im Bezirk ein.

BIS SCHÖNEFELD MIT DER U7

Verlängerung der U-Bahnlinie keine leichte Entscheidung



Foto: André Schulze

Seit Jahren wird über die Verlängerung der U7 in Richtung Schönefeld heftig diskutiert. Die Anbindung des Flughafens BER war dabei für die Neuköllner Grünen – entgegen der Meinung aller anderen Parteien – nie das entscheidende Argument. Anders als z.B. der Flughafen Tegel ist der BER hervorragend mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Zwei S-Bahnlinien verbinden ihn mit dem Stadtzentrum. Direkt unter dem Terminal 1 halten Regionalbahn und Intercity. Trotzdem wäre die Weiterfahrt mit der U7 bis zum

BER sinnvoll, weil dadurch der vorgesehene Bus-Shuttle entfallen und Rudow so von Lärm und Abgasen entlastet würde.

FAHRGASTAUFKOMMEN ALS ZENTRALES ARGUMENT

Angesichts der immensen Kosten und der Umweltbelastungen des U-Bahn-Baus haben wir Grünen uns die Entscheidung für die U7 nicht leicht gemacht. Im Vordergrund steht für uns die Anbindung des dicht bewohnten Frauenviertels, des dortigen Gymnasiums, des Senioren-

pflgeheims und anderer Einrichtungen, die bisher mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schlecht zu erreichen sind. Hinzu kommen massiver Wohnungsbau und viele neue Gewerbeflächen in Schönefeld. Hier wohnen bereits viele ehemalige Berliner*innen, die in die Innenstadt zur Arbeit pendeln. Von den vielen anderen „Zuzügler*innen“ wird ebenfalls ein großer Teil in Berlin arbeiten oder einkaufen. Schönefeld ist damit verkehrstechnisch als Teil der Metropolregion Berlin zu betrachten, auch wenn es durch eine Landesgrenze von Berlin getrennt ist.

BEIM STRASSENBAHN-BAU LANGE ZU WENIG PASSIERT

Obwohl Straßenbahnen schneller, kostengünstiger und klimafreundlicher als U-Bahnen gebaut werden können, wurde der Straßenbahn-Bau lange blockiert. Insbesondere im alten West-Berlin dominierte auch in den Nachwendejahren weiterhin das Leitbild „Autogerechte Stadt“. Beschämend genug, dass bis 25 Jahre nach der Wende nur wenige Kilometer Tram gebaut wurden. Gut,

dass jetzt eine Grüne Verkehrsverwaltung Planung und Bau des effizientesten Großstadt-Verkehrsmittels voranbringt.

Die Forderung nach massivem Aus- und Neubau von U-Bahn-Linien in der ganzen Stadt, wie sie jetzt insbesondere von SPD-Kandidatin Giffey propagiert wird, ist angesichts der damit verbundenen Kosten und Umweltbelastungen nicht nur populistisch, sondern bekundet den Willen (wenn auch aus gutem Grund nur verdeckt), an der bisherigen Bevorzugung des Autoverkehrs festzuhalten: öffentliche Verkehrsmittel sollen weitgehend unter die Erde verbannt werden, damit oben die Autos ungehindert fahren können.



Bernd Szczepanski,
Fraktionsvorsitzender der Grünen
BVV-Fraktion
Neukölln

DREI FRAGEN AN... LISA BUCHMANN

vom Volksentscheid Berlin autofrei



Foto: Katja Täubert

gesund mobil sein können, müssen unsere Straßen aber umgestaltet und Flächen gerechter verteilt werden. Dabei kommt man nicht darum herum, an der jahrzehntelangen Privilegierung des Autos zu kratzen. Weil von politischer Seite aus für eine echte Verkehrswende bisher nicht genug getan wird, wollen wir per Volksentscheid dafür sorgen, dass der Autoverkehr in der Innenstadt deutlich reduziert wird.

WO SEHT IHR BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN?

Unsere größte Herausforderung ist die fehlende Vorstellungskraft der Menschen. Wir sind das heutige Stadtbild mit verstopften, zugeparkten Straßen, stinkenden Abgasen und dem konstanten Verkehrslärm so gewohnt, dass es oft schwer ist, sich eine Alternative auszumalen. Dabei ist dieses Stadtbild Ergebnis einer Stadtentwicklung und Verkehrsplanung, die sich jahrelang am autogerechten Paradigma orientiert

WER SEID IHR UND WAS HABT IHR VOR?

Wir sind ein bunter Haufen Menschen – von der alteingesessenen Berlinerinnen aus Karlshorst bis zum zugezogenen Studenten in Moabit. Was uns eint, ist die Lust darauf, unsere Stadt aktiv mitzugestalten und lebenswerter zu machen. Die meisten von uns sind viel und gerne unterwegs. Ob zu Fuß, mit dem Rad oder der Bahn. Damit in Zukunft alle Menschen in Berlin sicher und



Viel Platz für Autos, wenig Raum für Rad- und Fußverkehr? Nicht mit uns., Foto: by-sa 4.0

hat. In Zeiten der Klimakrise können wir uns das nicht mehr leisten. Aber es ist nicht zu spät, unsere Straßen wieder menschengerechter zu gestalten, Platz für alle zu schaffen und die wiedergewonnenen Flächen für mehr Grün und Aufenthaltsqualität zu nutzen.

WIE KANN MAN BEI EUCH MITMACHEN?

Ob kreative Unterstützung bei der Kommunikation unserer Vision, Akti-

onen organisieren oder Unterschriften sammeln – jede*r kann bei uns mitmachen und dabei so viel einbringen, wie sie oder er mag. Es gibt insgesamt sechs Arbeitsgruppen, die sich an unterschiedlichen Tagen treffen. Wer Lust hat, dabei zu sein, schreibt am besten eine Mail an mitmachen@volksentscheid-berlin-autofrei.de.

Mehr Informationen: www.volksentscheid-berlin-autofrei.de.

UNTERSTÜTZUNG FÜR SOLOSELBSTSTÄNDIGE IN DER CORONA-KRISE

Unternehmer*innenlohn einführen

Seit über einem Jahr leben wir mit der Corona-Pandemie. Für viele Selbstständige hat das einen Komplettausfall der Einnahmen zur Folge. Für die Veranstaltungsbranche heißt es zum Beispiel „First in – last out“, sie war als erste im Lockdown und wird wohl als letzte wieder herauskommen. Die Möglichkeit auf ein eigenes Einkommen für Menschen, die sonst mit Ton, Licht oder Bühnenbau ihr Geld verdienen, gibt es derzeit nicht. Ähnlich geht es Musiker*innen, Tänzer*innen, Schauspieler*innen, Fitnesstrainer*innen, Reise- oder Stadtführer*innen, um nur einige zu nennen.

KURZARBEITERGELD FÜR ANGESTELLTE, HARTZ IV FÜR SOLOSELBSTSTÄNDIGE

Während das Kurzarbeitergeld für viele Angestellte ein guter Rettungsanker ist, verweist die Bundesregierung Soloselbstständige seit Beginn der Pandemie auf die Grundsicherung. In den Überbrückungshilfen des Wirtschaftsministeriums können nur Betriebs- und Fixkosten geltend gemacht werden. Die Kosten der

Krankenversicherung oder auch die Lebenshaltungskosten fallen nicht darunter. Bleibt also Hartz IV oder die verdeckte Armut – viele wählen letzteres. In der Summe der Monate März 2020 bis Februar 2021 ist die Zahl der sogenannten „erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ in ganz Deutschland nach Angaben der Agentur für Arbeit nur um 108.000 gestiegen. Was sich zunächst gut anhört, bedeutet allerdings, dass viele, die Ansprüche hätten, diese nicht wahrnehmen. Aus Angst, die ganze Familie als Bedarfsgemeinschaft in Mitleidenschaft zu ziehen, aus Angst, die Rückstellungen fürs Alter zu verlieren, aus Angst vor dem Stigma und der Entwürdigung, wenn für die Bedarfsprüfung das ganze Leben offengelegt werden muss.

DIE BUNDESREGIERUNG MUSS ENDLICH EINEN „UNTERNEHMER*INNENLOHN“ EINFÜHREN

All das ist nicht fair und wird den vielen Soloselbstständigen nicht gerecht. Auch sie haben Lebenshaltungskosten, die gedeckt werden müssen. Darum fordern wir seit fast

einem Jahr von der Bundesregierung einen echten „Unternehmer*innenlohn“ für Soloselbstständige in Höhe von 1.200 Euro. Im Rahmen aller Hilfsprogramme muss ein existenzsichernder Anteil für die Lebenshaltungskosten abrechenbar sein, die Krankenkassenkosten müssen berücksichtigt werden – und die Regelung muss auch rückwirkend gelten.

ROT-ROT-GRÜN IN BERLIN GLEICHT AUS, WAS DIE BUNDESREGIERUNG VERMASSELT

Die Lücken in den Bundeshilfen sind unübersehbar. Darum hat sich Rot-Rot-Grün in Berlin entschieden, aufzustocken, soweit möglich. Schon 2020 hat Wirtschaftssenatorin Ramona Pop unbürokratische Hilfen für kleine Selbstständige auf den Weg gebracht. Anfang März 2021 hat nun das Land Berlin weitere Corona-Soforthilfen für 2021 mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. Euro beschlossen. Davon entfallen allein auf die Ergänzung der vom Bund initiierten Neustarthilfe für Soloselbstständige und Kleinunternehmen 150 Mio. Euro. Hin-

zu kommen 20 Mio. Euro für ein Härtefallprogramm, vor allem für die Kleinstbetriebe, die beim Bundesprogramm nicht zum Zuge kommen. Diese Ergänzungen sind wichtig für die Selbstständigen in Berlin. Aber sie können eine gezielte, systematische Unterstützung der Bundesregierung nicht ersetzen. Kurzarbeitergeld für Angestellte, Hartz IV für Soloselbstständige – diese Ungleichbehandlung muss ein Ende haben. In Berlin und Neukölln sind wir alle auf die Arbeit und die Kreativität der Selbstständigen und Freischaffenden angewiesen. Es wird Zeit, dass sie auch von der Bundesregierung anständig behandelt werden.



Andreas Audretsch,
Bundestagskandidat
für Neukölln und
Mitglied im Landes-
vorstand der Berliner
Grünen

DREI FRAGEN AN... DRUCKAUSGLEICH



Foto: Michael Haßbeck

WIE UNTERSTÜTZT IHR DROGENKONSUMIERENDE IN NEUKÖLLN IM ALLTAG?

Zu den Zielgruppen der Kontaktstelle Druckausgleich mit integriertem Drogenkonsumraum zählen Drogenkonsumierende, die von anderen Einrichtungen der Drogenhilfe noch nicht oder nicht mehr erreicht werden, etwa gesundheitlich und psychosozial verelendete Drogen-

konsumierende. Druckausgleich ist aufgrund der Arbeitsweise und dem breiten Angebot eine wichtige Anlauf- und Kontaktstelle. Die Arbeit wird von qualifiziertem Fachpersonal in einem multikulturellen, interdisziplinären Team geleistet.

WARUM BRAUCHT ES EINEN RAUM WIE EUREN IN NEUKÖLLN?

Der Drogenkonsumraum dient dazu, dass Drogenkonsumierende in einem geschützten Rahmen unter hygienisch einwandfreien Bedingungen und unter Aufsicht konsumieren und im Ernstfall medizinische Hilfen bekommen können, damit die Zahl der Drogentoten nicht weiter steigt. Jeder Konsum, der bei uns stattfindet, ist einer weniger im öffentlichen Raum. Das hat einerseits für Anwohnende und Passant*innen eine schützende Funktion und sorgt für eine Erhöhung des subjektiven Si-

cherheitsgefühls. Gleichzeitig stellt es für drogenkonsumierende Menschen einen geschützten Raum dar – dringend notwendig für Menschen, die multiplen Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind. Auch eine Beratung zu einem möglichst schadensarmen Konsum von Drogen ist notwendig, schützt die Gesundheit der Besucher*innen und verhindert damit hohe Folgekosten für die Krankenbehandlung. Teil unserer Aufgabe ist auch der Kontakt zu den Anwohner*innen, die fachgerechte Entsorgung von Hinterlassenschaften von Drogenkonsumierenden und das Organisieren von Infoveranstaltungen.

WIE HAT DIE CORONA-PANDEMIE EURE ARBEIT IM LETZTEN JAHR BEEINFLUSST?

Unser erstelltes Hygienekonzept, das Abstandsregeln, Maskenpflicht und mehr beinhaltet, begleitet uns

jeden Tag. Die Möglichkeiten für unsere Besucher*innen, sich bei uns aufzuhalten, mussten allerdings deutlich reduziert werden, was gerade für unsere wohnungslosen Besucher*innen einen großen Einschnitt bedeutet. Zudem mussten wir das Platzangebot in den Drogenkonsumräumen halbieren, was teils zu längeren Wartezeiten führt. Wir mussten ebenfalls im Verlauf des letzten Jahres eine Verelendung einzelner Menschen beobachten, was aus unserer Sicht vor allem an einer deutlich erschwerten Weitervermittlung ins Hilfesystem – aufgrund von Schließungen, Einschränkung von Vor-Ort-Terminen etc. – und auch an den persönlichen Folgen der Corona-Maßnahmen liegt.

Mehr Informationen zu Druckausgleich: www.fixpunkt.org

FÜR EINEN STACHEL VIEL ZU VIEL

Anja Kofbinger vor ihrem Rückzug aus dem Abgeordnetenhaus

WELCHE THEMEN HABEN DICH IM ABGEORDNETENHAUS AM MEISTEN BEWEGT?

Es gab so vieles, das passt natürlich nicht alles in diesen Stachel. Besonders gefreut hat mich, dass wir in dieser Legislaturperiode deutlich mehr Geld zum Schutz von Frauen vor Gewalt investieren konnten. Wir bekommen endlich ein achttes Frauenhaus, das neunte ist geplant. Wir konnten dem trägen Gender-Budgeting-Prozess einen neuen Impuls geben und sind so einem geschlechtergerechten Haushalt ein Stück nähergekommen. Ein großer Erfolg ist auch, dass wir endlich eine Koordinierungsstelle für die Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung einrichten konnten. Dafür habe ich mich viele Jahre eingesetzt.

Außerdem haben wir die Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ins Leben gerufen und ein

Landesantidiskriminierungsgesetz geschaffen. Wir haben die lesbische Sichtbarkeit vorangebracht, unter anderem durch einen Preis und bessere Finanzierung von Projekten. Das bedeutet mir viel.

WAS HAT DICH IN DEINEM WAHLKREIS BESCHÄFTIGT? WAS HAST DU ERREICHT?

Als Direktkandidatin im Wahlkreis 1 habe ich mich viele Jahre für die Anliegen der Menschen aus meinem Kiez eingesetzt. Hier haben wir den Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung offensiv aufgenommen, z.B. durch die Einrichtung eines Milieuschutzgebietes und die Ausübung des Vorkaufrechts bei Häusern, die verkauft werden sollen. Für mehr Sicherheit von LSBTIQ (nicht nur) auf der Sonnenallee habe ich mit meiner Kollegin Susanna Kahlefeld das Projekt „Sicherheit-Geborgenheit-Neukölln“ initiiert.

WIE GEHT ES JETZT OHNE DICH WEITER?

Ich bin sehr gerne Abgeordnete, aber jetzt möchte ich den Weg für andere frei machen. Ich bin mir sicher, wunderbare Menschen werden mir nachfolgen. In meinem Wahlkreis wird André Schulze kandidieren. Wenn er gewählt wird, wird er unsere Arbeit mit seiner langjährigen Erfahrung in der Neuköllner Kommunalpolitik engagiert weiterführen. Und im Wahlkreis 4 wird Bahar Haghanipour sich mit ihrem frauenpolitischen Profil für das Abgeordnetenhaus bewerben. Wenn sie gewählt wird, wird sie an meine Arbeit anknüpfen.

Auch Bahars Anspruch ist es, ein Berlin zu schaffen, in dem Betroffene effektiv vor Gewalt geschützt werden. Den neu angestoßenen Gender-Budgeting-Prozess will sie konsequent vorantreiben. Und sie wird sich weiterhin für ein Paritätsgesetz in Berlin einsetzen, damit

Frauen endlich gleichberechtigt an politischen Prozessen in unserem Parlament beteiligt werden. Außerdem wendet sie Intersektionalität nicht nur als theoretisches, sondern auch als praktisches Konzept an. Ich würde mich sehr freuen, wenn sie die Frauen- und Gleichstellungspolitik im Abgeordnetenhaus vertritt.



Foto: Anne Geib de Gruttadauria

HANAU IST ÜBERALL

Rechten Terror bekämpfen



Nach zwei Monaten Lockdown wirkte es etwas unwirklich, als sich am 20. Februar 2021 bei strahlendem Sonnenschein mehrere Tausend Menschen auf der Hermannstraße versammelten – mit FFP2-Masken, Pamphleten und Plakaten ausgestattet. Angemeldet waren 900 Teilnehmer*innen, die Polizei ging am Ende von über 6.000 aus. Auf den Plakaten standen Botschaften wie „Hanau war kein Einzelfall“ oder „Wir müssen gegen das Vergessen kämpfen“.

#SAYTHEIRNAMES

Wie in Hanau und vielerorts im Land wurden die Namen der Opfer gesprochen und niedergeschrieben: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Ka-

loyan Velkov. Jeder dieser Namen erzählt eine eigene Geschichte. Viele von ihnen sind in Deutschland geboren oder hatten in Hanau ihre Heimat. Ein Rassist brachte sie um, weil sie für ihn nur Fremde waren, und leider machte auch die Berichterstattung danach die Opfer viel zu oft zu Fremden.

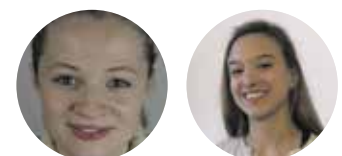
Nach dem Anschlag hat sich die Initiative 19. Februar, bestehend aus Angehörigen, Überlebenden, Betroffenen und Aktivist*innen gegründet. Gemeinsam treten sie ein für angemessene Erinnerung, lückenlose Aufklärung, soziale Gerechtigkeit und politische Konsequenzen. Inhaltlich fordert die Initiative zum Beispiel, dass gegen den Vater des Täters ermittelt wird, wegen Beihilfe zum Mord oder Nichtanzeige von Straftaten. Zudem sollten Rechtsex-

treme keine legalen Möglichkeiten haben, an Waffen zu kommen und dass zuständige Behörden sich klar zu ihren Fehlern vor, während und nach der Tat bekennen.

HANAU IST ÜBERALL – AUCH IN NEUKÖLLN

Hanau steht einerseits für den tragischen Tod von neun jungen Menschen, die von einem Rassist ermordet wurden. Zum anderen steht Hanau nicht allein, denn der Anschlag vom 19. Februar 2020 war kein Einzelfall: Hanau ist überall. Was seit über einem Jahr in einen Satz gefasst werden kann, ist für viele Menschen seit Jahren Realität. So auch in Neukölln. Mehr als 70 rechtsextreme Anschläge, Gewalttaten und andere Straftaten wurden hier in den letzten Jahren verübt. Die Suche nach den Täter*innen blieb bislang erfolglos. Während der Anschlagsserie wurde gegen einzelne Polizeibeamt*innen aufgrund des Verdachts der Zusammenarbeit mit Täter*innen sowie rassistischer Straftaten ermittelt.

Die achtköpfige „Neukölln Kommission“ mit Mitarbeiter*innen aus der Innen- und Justizverwaltung kam zu dem Zwischenergebnis, dass keine tiefgreifenden Fehler auf Seiten der Polizei vorliegen. Es sind nicht nur die Symbole wie Hakenkreuze, die sich wiederholen, sondern auch die gesellschaftlichen Begleiterscheinungen. Die Betroffenen fühlen sich von den bisherigen Ergebnissen der Kommission nicht ernst genommen, die Kommunikation sei mangelhaft, das Vertrauen gestört. Hanau zu gedenken, bedeutet auch, Rassismus an anderen Orten zu sehen, aufzuklären, Betroffene zu schützen und Strukturen zu verändern.



Helena Sattler, Leona Tenkhoff und Marc Deger (ohne Bild) engagieren sich bei der Grünen Jugend Neukölln

FRISCHE IDEEN FÜR SÜD-NEUKÖLLN

Verkehrswende nur erfolgreich zusammen mit den Außenbezirken



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Klimaerhitzung und Verkehrskollaps in den Innenstädten machen eines klar: Wer Straßen baut, erttet Verkehr – und dazu Straßenschluchten, Staus, Abgase, Unfälle und Verkehrstote. Das in den 60ern und 70ern geprägte Konzept der autogerechten Stadt ist gescheitert.

AUTOGERECHTE STADT WAR VORGESTERN

Nicht „freie Fahrt für freie Bürger*innen“ im motorisierten Individualverkehr ist das Konzept für die Zukunft, sondern Mobilität für alle – sozial, klimaneutral, sicher, bequem und attraktiv. Dabei ist das Auto nur noch eine Möglichkeit unter vielen mindestens ebenso attraktiven Angeboten – autofrei leben und Spaß haben.

Welche Rolle spielen die Außenbezirke? Für uns Grüne im Süden Neuköllns ist das die entscheidende Frage! Hierhin sind die Wege weiter, der ÖPNV ist nicht rund um die Uhr und jeden Tag in dichter Taktung fußläufig verfügbar, Arbeit und Freizeitangebote befinden sich oft in der Innenstadt. Das erzeugt Verkehr, heute noch viel zu oft Autoverkehr. Wer den Autoverkehr in der Innenstadt vermindern will, muss auch die Mobilität in den Außenbezirken mit und für die Menschen verändern. Die Mobilitätswende wird nur zum Erfolg, wenn ausreichend attraktive Angebote in den Außenbezirken geschaffen werden. Dann können und werden sich noch weit mehr Menschen als bisher

gegen die Nutzung des eigenen Autos entscheiden.

NEUES VERKEHRSKONZEPT

In Britz, Buckow, Rudow und in der Gropiusstadt wollen wir dafür die Weichen stellen, die Planungen der Verkehrsverwaltung dafür aufgreifen und beschleunigen. Mit der U7 sind die Ortsteile recht gut angeschlossen. Wichtig ist hier, die Verlängerung der U7 bis zum BER zu realisieren. Damit erhalten die Bewohner*innen des Frauenviertels Rudow endlich einen U-Bahn-Anschluss, Reisende zum BER brauchen nicht mehr in Rudow umzusteigen, Pkw-Pendelverkehr aus dem stark wachsenden Schönefeld und den dortigen Gewerbegebieten wird vermindert, der Verkehrskollaps in Rudow verhindert.

Außerdem wollen wir eine Wiederbelebung der Tram. Hier sind die heutigen Buslinien M11/X11 (Schöneweide über Gropiusstadt zum S-Bahnhof Buckower Chaussee), M44 (S/U Neukölln über Britz nach Buckow) und M41 (Sonnenallee/Weiße Siedlung) zuallererst bedeutsam, da diese Linien schon heute an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und Alternativen zum Bus notwendig sind.

TRAM WIEDERBELEBEN

Die Tram M44 sollte gleich bis Großzichten mit Anschluss des aktuellen Baufelds „Buckower Felder“ verlängert werden. Bis zum Bau der Tram ist die Taktung der Busse gerade in den Rand- und Wochenendzeiten zu erhöhen, idealerweise mit Elektrobussen. Das Radwegenetz ist instandzusetzen und auszubauen. Hierzu gehören die „Y-Trasse“ genauso wie die lokalen Radwege. Ergänzt um Fahrradabstellmöglichkeiten und Fahrradparkhäuser. Zudem sind die Gehwege barrierefrei und Übergänge sicher zu gestalten. Dazu braucht es die Ergänzung durch Rufbusse und intelligente Car-Sharing-Angebote mit E-Mobilen für die Außenbezirke.

Das alles und noch viel mehr wollen wir für Neukölln angehen. Wir sind auf dem Weg, auch wenn er lang und beschwerlich sein wird. Das Ziel ist klar: Alternativen zum Individualverkehr für alle!



Jan Stiermann,
AG Süd-Neukölln

LIEBLINGSORTE IM LOCKDOWN

Paula (19), Studentin

Mein Lieblingsort in Neukölln ist das Tempelhofer Feld, weil es hier so vielfältige Menschen und Erlebnisse gibt.



Jonathan (5), Kita-Kind

Mein Lieblingsort in Neukölln ist die Hasenheide beim Eingang an der Lucy-Lameck-Straße, weil da ein ganz schiefer Berg ist, wo man mit dem Schlitten runterfahren kann – und der saust echt schnell.



Dirk (39), Freiberufler

Mein Lieblingsort in Neukölln ist der Böhmisches Platz, weil er den Menschen und ihrem Zusammenleben zurückgegeben wurde, immer zum Verweilen einlädt und als Vorbild für viele andere Plätze dienen kann, die derzeit nur die Mitte eines Kreisverkehrs sind.



Samira (35), Forscherin

Mein Lieblingsort in Neukölln ist der Körnerpark, weil er so schön ist, man es sich auf den vielen Bänken gemütlich machen kann und er für eine kurze Mittagspause in der Homeoffice-Zeit schnell zu Fuß erreichbar ist.



DIE STADT BRAUCHT MEHR GLITZER

Berlins neues Solargesetz – eine Reflexion von Architects for Future



Foto: samyag-shah-unsplash

Was glitzert in Berlin? Spree, Clubs, Dächer? Spree: manchmal, Clubs: bald wieder heftig, Dächer: ab und an eine blecherne Ventilator-Haube, selten eine Photovoltaik-Anlage. Die Zukunft verspricht mehr Glitzer! Mitte März fand die 1. Lesung im Abgeordnetenhaus Berlin zum vom Senat verabschiedeten Solargesetz statt. Stefan Taschner, neben dem Neuköllner Abgeordneten Georg Kössler ein Initiator des Solargesetzes, sagte: „Mit dem Solargesetz sorgen wir für mehr Glitzer auf Berlins Dächern.“

HÄ? WAS? WARUM? WIE?

Ziel dieses Gesetzes ist die vermehrte Erzeugung und Nutzung

von Solarstrom direkt am und im Gebäude. Der Solarstrom-Anteil, derzeit nicht einmal 1 Prozent am Berliner Gesamtstromverbrauch, soll bis spätestens 2050 mindestens 25 Prozent erreichen. Das Solarpotenzial ist enorm und das Solargesetz verpflichtet Bauherr*innen von Wohn- und Gewerbeobjekten mit Nutzungsflächen über 50 Quadratmetern ab 2023 zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen. Dann sind im Neubau auf mindestens 30 Prozent der Bruttodachfläche Photovoltaik-Module zu installieren, im Bestand muss die Anlage maximal sechs Kilowatt Leistung haben. Das Besondere am Berliner Solargesetz: Gewerbe- und Bestandsgebäude fallen beide unter die Verpflichtung, letztere bei geplanten wesentlichen Umbauten.

WARUM PFLICHT STATT MARKT?

Bürger*innen-Energiegenossenschaften und andere Marktakteur*innen bieten in vielen Fällen PV-Anlagen ohne zusätzliche Inves-

titionskosten für die Gebäudeeigentümer*innen an. Insbesondere für Neubauten werden häufig Finanzierung, Bau und Betrieb übernommen und Anlagen refinanziert durch Mieterstrom-Angebote an die Gebäudenutzer*innen. Verdrängung von fossilem Strom und Reduzierung der Erderhitzung, keine Extrakosten für die Gebäudeeigentümer*innen, preiswerter Strom vom eigenen

Dach für Gebäudenutzer*innen – win, win, win. Es glitzert bisher aber noch wenig! Der Markt versagt? Unwissenheit und Projektentwickler*innen, die nicht genug monetären Mehrwert erkennen, sind die Hauptursachen für den langsamen PV-Ausbau. Ja, es braucht eine Verpflichtung, um eine lebenswerte Zukunft für die Menschheit zu sichern. Der Strom vom Dach gehört in die darunterliegenden Waschmaschinen,



Discokugeln, Wärmepumpen und E-Lastenbikes.

IST DAS SOLARGESETZ KNORKE?

Das Gesetz ist nicht perfekt. Es sollte schneller verpflichtend werden, noch vor dem Sommer 2022. Bei Dach-Sanierungen von Nichtwohngebäuden ist mehr als nur sechs Kilowatt erforderlich. In Summe ist ein achtbarer Knorkheitswert vorhanden. Es zeigt, wie gemeinwohlorientiertes Handeln durch gesetzliche Regelungen beschleunigt werden kann. Weitere Baustellen mit hohem Gemeinwohlfaktor: Fassadennutzung für intensive Begrünung zum Erhalt der Biodiversität, fossilfreie Wärmeversorgung und Gebäude-Herstellung, Reduzierung von Immobilien-Rückbau und Wiederverwendung von Baumaterialien.



Stefan Bauer, Architects for Future Berlin (Foto: Laura Costacarlo)

WHAT'S UP

ALS AKTIVIST IM PARLAMENT

Vernünftiger Klimaschutz muss radikal sein!

Ende Januar hat unsere Grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus unter dem Motto „Berlin For Future – wie gelingt radikal-vernünftiger Klimaschutz?“ zu einer Konferenz eingeladen – wegen Corona fast komplett digital, aber mit rund 700 Teilnehmer*innen! Wir wollten alle Aspekte des Themas offen und ergebnisorientiert debattieren. Mein Workshop widmete sich der Frage, wie Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung werden kann.

Die Zeiten sind nämlich längst vorbei, in denen wir Klimaschutz von anderen Themen isoliert betrachten können. Soziale und ökologische Krisen müssen heute zusammengedacht werden. Das zeigen auch Fridays for Future auf, die uns Politiker*innen eine ganze Palette an Forderungen übergeben haben: von kostenloser Klima-Weiterbildung für ‚Betroffene‘

des Umbruchs über sozial gerechte Sanierungen bis hin zu einem umlagefinanzierten ÖPNV.

Für mich war das schon auch ein komisches Gefühl: Nachdem ich selber jahrelang Klimaaktivist war, jetzt Adressat der Forderungen von Aktivist*innen zu sein. Und tatsächlich sind deren Vorschläge noch radikaler als unsere Grünen Forderungen, gehen aber in die gleiche Richtung wie das, wofür ich mich täglich einsetze: autofreie Innenstadt bis 2030 (Grüne: Verbrenner-freie Innenstadt), Kohleausstieg bis 2025 (Grüne: 2030), alle Straßen zu Fahrradstraßen und vieles mehr. Mein Herz schlug also höher – auch wenn ich dann erklären musste, warum das alles immer noch so langsam geht.

Doch auch wenn ich jetzt Politiker bin, fühle ich mich manchmal noch immer wie ein Aktivist. Gerade wenn ich mit älteren Kolleg*in-

nen aus anderen Parteien rede: Die Dringlichkeit der Klimafrage ist vielen noch nicht bewusst – für sie ist es nur eine von vielen wichtigen Fragen. Und dann soll alles bitte „ideologiefrei“, „ruhig“ und „vernünftig“ sein. Doch weder ich noch die Klimabewegung lassen sich damit abspesen!

Ich hoffe trotzdem, dass ich mich mit diesen Kolleg*innen noch einigen kann, denn die Berliner Klimaziele müssen angepasst werden und alle Ressorts verbindliche CO2-Budgets bekommen. Wer damit bis zur Wahl warten will, hat die zentrale Frage unserer Generation schlicht nicht verstanden: It's time to act!

Viele Aspekte der Klima- und Umweltpolitik in Berlin beruhen übrigens auf europäischen Regeln, sei es zu Luftreinheit oder Einwegplastik. Da passte es gut, dass ich direkt nach der Konferenz (di-

gital) nach Brüssel für ein kleines Praktikum bei den Grünen Europaabgeordneten Anna Cavazzini, Michael Bloss und Jutta Paulus ‚gefahren‘ bin. Es war spannend, ihren parlamentarischen Alltag zu erleben. Dort gibt es keinen Fraktionszwang wie bei uns im Abgeordnetenhaus und die Abgeordneten gehen meines Erachtens stärker auf gute Argumente von anderen ein. Auf meinem Instagram-Account habe ich dazu berichtet. So viel kann man digital machen, aber echter Klimaschutz muss vor Ort angepackt werden!



Georg Kössler MDA, Sprecher für Klima- und Umweltpolitik, Eine-Welt-Politik und Clubkultur

DIVERSITÄT FÖRDERN

Wie die Diskussion über Quoten die Verwaltungsmodernisierung zur Schlagzeile macht

In den letzten Wochen wurde heftig diskutiert, dass die Senatorin Breitenbach angeblich eine Migranten*innenquote für Neueinstellungen in der Berliner Verwaltung einführen wolle. Innenminister Andreas Geisel hatte wohl den Wahlkampf begonnen und diese Falschinformation in die Welt gesetzt. Tatsächlich hat die Koalition das zehn Jahre alte Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) überarbeitet, u. a. auch in den Passagen, die die Einstellungen in der Verwaltung betreffen.

DIVERSITÄT IN DER VERWALTUNG FÖRDERN

Ziel des Gesetzes ist eine Verwaltung, in der der Anteil der Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte dem Anteil entspricht, den diese Menschen an der Bevölkerung

haben. Denn der Berliner Verwaltung fehlt es immer noch an Diversität. In den letzten Wochen wurde das unter dem Schlagwort „Quote“ diskutiert. Es geht darum, gut ausgebildete Menschen mit Migrationsgeschichte zu gewinnen, weil Nachwuchs fehlt und auch, weil das eine Frage der Chancengerechtigkeit ist. Das Gesetz implementiert effektive und rechtssichere Mittel für die diversitätsorientierte Personalentwicklung. Datenerhebungen, Zielvereinbarungen und Berichtspflichten – was es in vielen großen Betrieben schon gibt, kommt jetzt auch in der Verwaltung.

MIGRANTEN*INNEN EINBINDEN

Im Gesetz werden außerdem Beteiligungsstrukturen für Menschen mit Migrationsgeschichte geregelt: die Partizipations- und Integrationsbe-

auftragten, die Beiräte und die bezirklichen Ausschüsse. Es hat sich bewährt, dass die Migrant*innenorganisationen mit ihrer Expertise in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Schulprobleme, Gesundheitsfragen, Diskriminierung und Konflikte – in vielen Bezirken arbeiten die Partizipations- und Integrationsbeiräte intensiv mit Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung zusammen. In Neukölln war das leider nie der Fall. Die Neuköllner Bürgermeister*innen Buschkowsky, Giffey und Hikel haben die Geltung des Gesetzes für Neukölln abgelehnt. Letztes Jahr wurde der Beirat vom Bürgermeister übertragen, als die Stelle der Integrationsbeauftragten neu zu besetzen war – obwohl das Gesetz eine Anhörung vorschreibt. Jetzt haben wir eine Beauftragte, von der man nichts

hört und die den Beirat nicht einmal ordentlich einlädt. Dabei wäre es in der Corona-Krise bitter nötig gewesen, die Arbeit zu intensivieren und gemeinsam Kommunikation, Information und die Probleme mit dem Lockdown anzugehen. Dafür sind die Strukturen eigentlich da.

Jetzt geht es um die Umsetzung des neuen PartMigG, auch in den Bezirken und insbesondere in Neukölln.

Wir sind eine plurale Gesellschaft und das vorgelegte Gesetz ist ein großer Schritt nach vorn.



Susanna Kahlefeld
MdB, Sprecherin für
Partizipation, Beteiligung
und Europa

MILIEUSCHUTZ FÜR DIE GROPIUSSTADT

Der Bezirk kämpft für bezahlbaren Wohnraum



Foto: Marcus Lenk unsplash

Um satte 33 Prozent sind die Angebotsmieten in Teilen der Gropiusstadt zwischen 2012 und 2018 gestiegen. Sie liegen damit zwar immer noch unter dem Berliner Durchschnitt. Zugleich zeigt sich aber: steigende Mieten sind schon lange kein Innenstadtphenomen mehr.

Die Gropiusstadt im Süden des Bezirks entstand als Großsiedlung von Anfang der 1960er bis in die Mitte der 1970er Jahre. Anders als von Namensgeber Walter Gropius ursprünglich beabsichtigt, prägen heute Hochhäuser das Bild. Der Mauerbau zwang zur Verdichtung.

Fünzig Jahre nach der Entstehung sind viele Gebäude in die Jahre gekommen. Vielerorts stehen Sanierungen und energetische Modernisierungen an, aber auch der Austausch problematischer Baustoffe wie etwa Asbest.

IN DIE JAHRE GEKOMMEN

So wünschenswert viele Maßnahmen auch sein mögen, für viele Bewohner*innen sind sie mit der bange Frage verbunden: Kann ich mir zukünftig die Miete noch leisten? Viele von ihnen sind mit der Siedlung gealtert: ein Drittel ist äl-

ter als 65 Jahre. Der Anteil ist fast doppelt so hoch wie im Rest des Bezirks. Viele ältere Menschen sind aufgrund überschaubarer Renten auf bezahlbaren Wohnraum dringend angewiesen – ebenso wie auf eine funktionierende Nachbarschaft.

Der Bezirk ist deshalb bereits seit 2018 aktiv geworden. Anlass waren mehrere umfangreiche Modernisierungen, die mit deutlichen Mietsteigerungen einhergehen sollten. Durch einen Aufstellungsbeschluss für eine Umstrukturierungssatzung ist es dem Bezirk gelungen, mit zwei großen Wohnungsbaugesellschaften Modernisierungsvereinbarungen auszuhandeln. Dadurch konnten Mietsteigerungen begrenzt werden und Menschen mit wenig Einkommen erhielten Sicherheit.

MILIEUSCHUTZ WIRKT

Seit dem 4. November 2020 steht das Gebiet mit etwa 19.000 Bewohner*innen zusätzlich unter Milieuschutz. Damit können Modernisierungen besser gesteuert und besonders kostenintensive Maßnahmen verhindert werden. Gleichzeitig steht dem Bezirk beim Verkauf

von Häusern ein Vorkaufsrecht zu. Beim ersten größeren Verkauf nach Inkrafttreten des Milieuschutzes war dies allerdings gar nicht nötig. Käuferin des unter Denkmalschutz stehenden halbrunden Gropiushauses ist seit Januar die landeseigene degewo. 508 Wohnungen sind damit in kommunaler Hand.

Den Milieuschutz in einer Großsiedlung mit Leben zu erfüllen, wird keine einfache Aufgabe. Denn bisher wurde er vor allem in Altbauquartieren eingesetzt. Fragen wie Grundrissveränderungen oder der Anbau von Aufzügen stellen sich nicht oder zumindest anders. Vieles muss neu gedacht werden. Doch darin liegt auch eine Chance. Die Bewohner*innen der Gropiusstadt verdienen es, dass wir alle Instrumente nutzen, die dem Bezirk zur Verfügung stehen.



Jochen Biedermann,
Stadtrat für Stadtentwicklung,
Soziales und Bürger*innendienste

500 MILLIONEN FÜR DEN NEUSTART

Die neuen Corona-Landeshilfen kommen

Reichlich öffentliche Kritik hat es an den bisherigen Corona-Hilfen gegeben – und das zu Recht: Die Programme des Bundes kamen viel zu spät und wurden, wenn überhaupt, noch später ausgezahlt. Vor allem Soloselbstständige und Freiberufler*innen fielen dabei lange Zeit komplett durchs Raster, während manch Großkonzern dank der Finanzhilfen der öffentlichen Hand eine Dividende ausschütten konnte. Zwar wurde die ein oder andere Fehlkonstruktion zwischenzeitlich behoben, trotzdem war spätestens Ende letzten Jahres klar, dass es auch 2021 zusätzliche, eigenständige Corona-Landeshilfen brauchen wird. Berlins rot-rot-grüne Regierungsfractionen haben dafür im 2. Nachtragshaushalt mit einer halben Milliarde Euro Vorsorge getroffen.

HILFE IST AUCH ÖKONOMISCH KLUG

Für uns Grüne steht seit Beginn der Pandemie fest: Finanzielle Hilfe für Betriebe, Arbeitnehmer*innen und Selbstständige, die vom Lockdown auch materiell hart getroffen werden oder deshalb gar vor dem wirtschaftlichen Aus stehen, sind nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität, sondern auch der ökonomischen Klugheit. Denn wie soll der erwartete konjunkturelle Aufschwung nach der Krise gelingen, wenn die erst zu einer Insolvenzwelle und Massenentlassungen geführt hat? Hinzu kommt die spezifische Berliner Wirtschaftsstruktur mit ihren vielen kleinen und Kleinstbetrieben, Soloselbstständigen sowie Beschäftigten in der

Kulturwirtschaft oder im Veranstaltungs- oder Tourismusgewerbe. Wir Grüne haben deshalb schon früh eigene kreditfinanzierte Landeshilfen gefordert, um die Defizite und Lücken der Bundesprogramme so gut wie möglich zu kompensieren. Nach der Berliner Soforthilfe I bis V im letzten Jahr stehen nun weitere 500 Millionen Euro dafür bereit. Hinter dem Namen „Neustarthilfe Berlin“ verbergen sich verschiedene Senatsprogramme, mit der die bisherigen Zuschüsse, Investitionen und Bürgschaften fortgeführt, modifiziert und zum Teil auch erweitert werden.

AUFSTOCKUNG DER BUNDESMITTEL

Die Konzeption und Ausrichtung der Neustarthilfe folgt im Wesentlichen drei Leitgedanken: Die vorhandenen Bundeshilfen werden zugunsten von Kleinstbetrieben und Soloselbstständigen gezielt aufgestockt, etwa durch die Erhöhung des fiktiven Unternehmerlohns von 50 auf 75 Prozent des Einkommens im Vorkrisenjahr. Die spezifischen Hilfsprogramme für den besonders notleidenden Kultur- und Veranstaltungsbereich werden ausgeweitet: durch weitere Zuschüsse und eine neue Tilgungshilfe für Kultur- und Kreativbetriebe sowie durch die Fortsetzung des Stipendienprogramms für Einzelkünstler*innen. Mit dem Programm „Berlin Invest“ sollen ferner Investitionen gefördert werden, die neben mehr Pandemie-Resilienz auch eine wirtschaftliche Belebung für die Zeit nach der Corona-Krise versprechen. Im besten Fall greifen somit not-

wendige Hilfen, Infektionsschutz und sinnvolle Konjunkturmaßnahmen ineinander.

KEIN ZURÜCK ZUM ALTEN „NORMAL“

Das letzte Krisenjahr hat gezeigt: Jede Corona-Hilfe ist nur so gut, wie sie rasch beantragt, bewilligt und ausgezahlt werden kann. Hier muss der Bund, kann aber auch das Land besser werden. 2021 rückt zudem der Neustart-Gedanke in den Vordergrund: Welche Finanzhilfe kann die Öffnungsperspektiven für die verschiedenen Arbeitsbereiche und Branchen verbessern? Von welcher gehen konjunkturelle Impulse für die Zeit danach aus, welche tragen gar zur sozial-ökologischen Transformation von Berlins Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei? Denn wenn es zutrifft, dass die Corona-Krise die Schwachstellen unserer Gesellschaft und Wirtschaftsweise offengelegt hat, dann kann die Rückkehr zu einer solchen „Normalität“ nicht unser vordringliches Ziel sein. Völlig klar ist in der gegenwärtigen Lage ja ohnehin: Die beste Corona-Hilfe für alle bleibt eine möglichst schnelle und effektive Eindämmung der Pandemie – durch verantwortungsvollen Infektionsschutz, eine kluge Teststrategie und die Beschleunigung der Impfungen.



Daniel Wesener Mda,
Parlamentarischer
Geschäftsführer
und Sprecher für
Kultur, Haushalt und
Finanzen

WISSMANN IST ENDLICH WEG

Umbenennungsaktion der Wissmannstraße findet guten Abschluss

Der Kolonialverbrecher Wissmann wird nicht länger mit einem Straßennamen in Neukölln geehrt. Nach 15 Jahren zählen Ringens endet endlich die von postkolonialen Initiativen und den Neuköllner Grünen initiierte Kampagne mit der Umbenennung in Lucy-Lameck-Straße.

Lucy Lameck war die erste Frau in einem tansanischen Kabinett und eine der ersten Parlamentarierinnen. Als Ministerin für Kommunalentwicklung und Gesundheit initiierte sie viele Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Rolle der Frau in der tansanischen Gesellschaft. Die Umbenennung hat breite Zustimmung bei den Neuköllner*innen gefunden, auch die afrikanische Presse berichtete von Ghana bis Kenia anerkennend über diese Entscheidung.

Der Anfang ist nun gemacht. Doch um Würdigungen für Kolonialisten, Rassisten und Antisemiten zu beenden, ist noch viel zu tun. Auch in Neukölln gibt es viele dunkle Kapitel der deutschen Geschichte, die noch dringend aufgearbeitet werden müssen.



Christian Hoffmann,
Mitglied
der Grünen
BVV-Fraktion
Neukölln

IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Neukölln Redaktionsadresse:

Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Ralf Schmidt-Pleschka

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Andreas Audretsch, Stefan Bauer,

Meike Berg, Jochen Biedermann, Jutta Brennauer, Georg Bonsiepe, Marc Deger, Charlotte Foerster-Baldenius, Philmon Ghirmai, Michael Haßlbeck, Christian Hoffmann, Bettina Jarasch, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg Kössler, Arndt Leininger, Viola Muster, Sami Nenno, Milena Oschmann, Ralf Schmidt-Pleschka, Helena Sattler, Linda Schwarz, Rahul Schwenk, Christine Spannagel, Jan Stiermann, Bernd Szczepanski, Leona Tenkhoff, Daniela Wannemacher, Daniel Wesener

Gestaltung & Layout:
Ulrike Cymek

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Auflage: 20.000

Vorstandssprecher*innen:
Daniela Wannemacher,
Philmon Ghirmai

Internet: www.gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

MEIN NEUKÖLLN

Bunt und lebenswert



Foto: Dominik Butzmann

MIGRATION UND VIELFALT

Seitdem ich in den 80er Jahren nach Berlin gekommen bin, habe ich in Kreuzberg, nahe der Grenze zu Neukölln gelebt und fühle mich Neukölln deshalb buchstäblich sehr nah. Beide Bezirke sind von Migration geprägt. Sie sind vielfältig, lebendig und die Einwohner*innen, egal woher sie kommen, engagieren

sich in ihren Quartieren. Wir wissen, was es heißt, in einem bunten und gemischten Bezirk zusammen zu leben. Die vielfältige Gesellschaft ist unser Lebensalltag. Das ist oft herausfordernd und verlangt den Menschen, aber auch den Institutionen und der Verwaltung einiges ab. Umso wichtiger ist, dass wir mit der Neufassung des Partizipa-

tions- und Migrationsgesetzes auch in der Verwaltung endlich in dieser Realität ankommen.

MIETENDECKEL GEGEN VERDRÄNGUNG

Wir erleben in der ganzen Stadt, wie Mieten ungebremst steigen, auf dem Wohnungsmarkt, aber auch für Vereine, Initiativen und Kitas, die dadurch ihre Räume verlieren. Wir müssen darum der Verdrängung durch Spekulant*innen etwas entgegensetzen, für den sozialen Frieden in der Stadt. Es ist gut, dass Nord-Neukölln auf Druck der Grünen seit 2016 komplett Milieuschutzgebiet ist. Aber dieses Instrument reicht alleine nicht im Kampf gegen Verdrängung. Deshalb brauchen wir auf absehbare Zeit den Mietendeckel auf dem Weg zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik. Und das Gewerbemietrecht muss geändert werden, damit Kitas von Elterninitiativen, Jugendeinrichtungen, Vereine und kleines Gewerbe dauerhaft unsere Kieze mit ihren Angeboten bereichern.

MOBILITÄTSWENDE UND KIEZBLOCKS

Für den Norden unterstütze ich die Initiative der Neuköllner Grünen, den Autoverkehr um „Kiezblocks“ herum zu führen und insgesamt zu reduzieren. Aber man muss auch

aus dem südlichen Teil des Bezirks schneller und bequemer in den Norden kommen. Die Verlängerung der U-Bahnlinie 7 hat sich in der Studie der Grünen Verkehrssektorin als eine der Linien erwiesen, bei der wir den Ausbau unter Kosten-Nutzen-Aspekten ernsthaft prüfen werden. Um zu ermöglichen, dass Menschen weniger auf das Auto angewiesen sind, müssen wir den Süden und die Neubaugebiete besser anbinden.

TEMPELHOFER FELD ERHALTEN

Für mich ist es kein Luxus, dass wir diese wunderbare freie Fläche erhalten – für Bewegung, Begegnung und für einen freien Blick. Erst recht, weil hier auch Menschen leben, die keine Datsche haben und die es sich nicht leisten können, ins Umland zu fahren. Ich will, dass die Kinder auf dem Feld Rad fahren lernen, Drachen steigen lassen und sich alle hier frei fühlen können.

*Bettina Jarasch,
Grüne Bürgermeisterkandidatin
für Berlin*

NEUKÖLLNER GRÜNE MIT NEUEM VORSTAND



Foto: Jutta Brennauer

macher (Vorstandssprecherin), Philmon Ghirmai (Vorstandssprecher), Sarah Schneider, Patrick Berg sowie Charlotte Foerster-Baldenius und Rahul Schwenk. Als stellvertretende Finanzverantwortliche wurde Lisa Ruppel, als Finanzverantwortlicher Georg Bonsiepe gewählt.

Die Ziele des neuen Vorstands sind klar benannt: Klimakrise eindämmen, Zugang zu Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt für alle sicherstellen, konsequent gegen Rassismus, Sexismus und andere Diskriminierungen vorgehen. Die Grünen Neukölln wollen dazu bei den anstehenden Wahlen erfolgreich sein. Ihr Ziel ist es, auch in den kommenden fünf Jahren politische Verantwortung zu übernehmen und so den Bezirk und das Land weiter zu begrünen.

Bei der digitalen Mitgliederversammlung am 20. Februar und einer anschließenden Urnenwahl wählten die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln ihren neuen Kreisvorstand. Er setzt sich zusammen aus Daniela Wanne-